

Gespräch mit Professor Ota Sik über Plan, Markt und die CSFR heute

«Wir müssen den Kapitalismus reformieren»

Professor Ota Sik war während des Prager Frühlings 1968 führender Reformökonom und Begründer des «dritten Weges». Was denkt er heute über den Zusammenbruch des Stalinismus, die Perspektiven der Wirtschaft und die aktuelle Politik in der CSFR? Roland Brunner befragte ihn im Rahmen einer Tagung der Schweizerischen ArbeiterInnen-Bildungszentrale SABZ in Bern.

Herr Sik, wer hat in Osteuropa eine Niederlage erlitten: der Stalinismus, der Sozialismus, der Kommunismus?

Ota Sik: Unsere theoretischen Überlegungen in der CSSR begannen nach der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn 1956 und dem Beginn der Chruschtschow-Politik. Anfangs der 50er Jahre glaubte ich, der Kommunismus sei im Prinzip gut, nur die Art seiner Anwendung, das Fehlen der Demokratie, sei das Problem. Heute – nach jahre- und jahrzehntelanger Auseinandersetzung mit der Theorie, vor allem an der Hochschule St. Gallen – bin ich nicht mehr dieser Ansicht.

Wo sehen Sie die Fehler und Löcher in der marxistischen Theorie?

Die marxistische Vorstellung einer kommunistischen Gesellschaft ist in einigen wesentlichen Grundzügen falsch. Diese Theorie hat sich aus einer sehr abstrakten und allgemeinen Vorstellung der Gesetzmässigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung entwickelt. Die Triebkräfte der Produktion, die «Produktivkräfte», wurden vereinfachend dargestellt. In der Theorie erzwingen sie die neuen ökonomischen und gesellschaftlichen

Verhältnisse. Das ist von Anfang an eine sehr einseitige, abstrakte Philosophie, die die menschlichen Antriebskräfte völlig beiseite gelassen hat: den Menschen als einzelnes, lebendiges Wesen, sein Interesse, seine Motivationen, seine Risikobereitschaft und Initiative.

Bei meiner eigenen theoretischen Entwicklung bin ich dazugekommen, dass ohne diese Faktoren eine Erklärung der Produktionsentwicklung nicht möglich ist. Das tönt, wie wenn ich von der «psychologischen Seite» der Gesellschaftstheorie sprechen würde. Es gibt aber keine Gesellschaft ohne Erkenntnis der Motivationen der Tätigkeit einzelner Menschen.

Wenn man aber zum Schluss kommt, die ganze Arbeitswerttheorie und mit ihr die Mehrwerttheorie, die sogenannte Ausbeutungstheorie, sei falsch, dann fragt sich, was noch vom marxistischen Sozialismus bleibt. Die Tätigkeit der Unternehmer wird einzig als Ausbeutungstätigkeit dargestellt. Die zweite Seite der Unternehmertätigkeit konnte aber durch keine Bürokratie ersetzt werden: die Initiative, das Risiko der Kapitalanlage. Die Bürokratie kennt kein Interesse, Marktlücken auszufüllen, neue Produkte zu lancieren.

Der Marxismus hat also meiner Einschätzung nach gewisse Seiten der menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung völlig ignoriert. Ich würde ihn deshalb heute als geschichtliche Verirrung ansehen. Momente sozialer Gerechtigkeit, die darin enthalten sind, müssen wir diskutieren. Wir müssen diskutieren, wie der Kapitalismus zu reformieren ist. Ein völlig anderes Gesellschaftsmodell kenne ich allerdings nicht. Ich kenne nur das Modell, in dem statt des Marktes die Planung bestimmen soll,

statt der privaten Unternehmertätigkeit privaten Kapitals gesellschaftliches Eigentum vorherrscht, das dazu immer überwiegend staatliches Eigentum war.

Ist der Marktmechanismus notwendig? Welche Rolle kann der Markt bei der von Ihnen geforderten Reform des Kapitalismus spielen?

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus war verbunden mit einer Ignorierung des Marktmechanismus. Die Problematik des Grenznutzens, überhaupt des Nutzwertes fehlt bei Marx vollständig. Das sogenannte «Entlohnungsgesetz des Marxismus» bedeutet Entlohnung gemäss Menge und Qualität der Arbeit. Die Entlohnung gemäss Nutzwertschaffung, das Schaffen von Werten für die Gesellschaft, fehlt darin völlig.

Eine Nutzenbewertung kann ohne Markt nicht existieren. Wenn die KäuferInnen keine Auswahlmöglichkeit haben, wenn die Preise sich nicht nach Angebot und Nachfrage bewegen, gibt es keine Nutzenbewertung. Das Ergebnis war, dass alle Betriebe nur der Erfüllung der Planvorgaben nachgejagt sind. Die Nutzwerte wurden nicht von den KonsumentInnen bestimmt, sondern von Zentralplanern, die bestimmten, wieviel von welchen Produktgruppen hergestellt werden müssen.

Riesige Massen von Produkten wurden auf Lager produziert, und trotzdem wurde die Arbeit entlohnt. Ob Nutzen produziert wurde oder nicht, war völlig gleichgültig. In Deutschland machen die gesamten Vorräte – bei den AbnehmerInnen und den LieferantInnen – ungefähr 30 bis 35 Prozent des Volkseinkommens aus. In den sozialistischen Ländern sind diese

Vorräte auf 130 bis 140 Prozent angewachsen. Die Vorräte waren grösser als das ganze Volkseinkommen. Das sind Vorräte, die produziert wurden, um den Plan zu erfüllen. Nach einiger Zeit waren die Lagerräume zu klein, und die Vorräte wurden liquidiert, um dann wieder vorne anzufangen. Hier liegt ein Grundmangel in der Theorie.

Sind Plan und Markt also unvereinbar? Kann es keine demokratische Planung der gesellschaftlichen Entwicklung geben?

Das Problem kann im Planungssystem nicht beseitigt werden. Ein Zentrum kann nicht detailliert planen. Hier kann nur mit Aggregaten hantiert werden. Nach unseren eigenen Berechnungen gibt es an die zwei Millionen konkrete Güterarten. Ein Plan kann mit dieser Menge unmöglich arbeiten. Wird aber mit grossen Aggregaten geplant, kann man wieder nichts aussagen über den konkreten Bedarf einzelner Produkte. Der Markt ist hier notwendig. Die Bürokratie handelte immer erst, wenn die Disproportionen schon unerträglich gross waren. Das dauernde Ausfüllen von kleinen Marktlücken und das beständige Anpassen an die Nachfrage existiert nicht in der Planwirtschaft.

Man kann nun natürlich die Demokratisierung dieses Sozialismus verlangen. Bei einer wirklichen pluralistischen Demokratie wird aber wieder die Planung nicht funktionieren. Die Planung verlangt eine hierarchische, von oben nach unten gehende Disziplin. Was oben entschieden wird, geht vom Planungsamt zu den Branchenministerien und von dort weiter in die Betriebe. Diese militärisch aufgebaute Hierarchie kann eine zeitlang funktionieren. Sie ist aber nicht zusam-

menzubringen mit einer politischen Demokratie. Sie ist nur aufrechtzuerhalten unter dem absoluten Diktat einer Partei, die Kritiken, andere Optionen, Alternativvorstellungen nicht zulässt.

Die demokratische Revolution von 1989 hat die Befreiung des politischen Subjekts gebracht. Muss diese Befreiung erkaufte werden mit der Entmündigung des sozialen und wirtschaftlichen Subjekts? Gibt es nur den Ausweg in das wirtschaftliche Chaos, wenn wir die aktuellen Kennziffern der osteuropäischen Wirtschaft anschauen?

Immer wenn man die konkreten Sachen beleuchtet, entsteht der Eindruck, dass alles schiefgeht. Ich denke aber, dass insgesamt der Übergang zur Marktwirtschaft gelingen wird. Die Entwicklung zur Marktwirtschaft geht voran, wenn auch mit vielen Problemen und Fehlern. Die pluralistische Demokratie kann nicht mehr zurückgedreht werden, trotz allen verrückten Anfangsauswüchsen wie den 111 politischen Parteien in der CSFR heute.

Ich befürworte eine restriktive Politik. Eine konsequente Geldreform und damit die Abschöpfung des riesigen Geldüberhanges ist aber politisch nicht machbar. Keine einzige Regierung konnte sich dazu durchringen. Wenn das nicht machbar ist, bleibt nichts anderes als die Freigabe der Preise, d.h. die Abschöpfung des Geldüberhanges über die Kaufkraft, und andererseits die Begrenzung der Löhne, die Verringerung der Staatsausgaben, die Geldausgabe kontrollieren und damit die Kredite verteuern. Ohne diese restriktiven

Massnahmen wäre ich auch nicht ausgekommen.

Westliche Erfahrungen zeigen jedoch, dass diese Politik sehr schnell umkippen kann in eine schwere Rezession. Ein Absatzmangel kann entstehen, ein Mangel an Märkten. Die Realeinkommen sind jetzt seit zwei Jahren heruntergegangen. Neben der privaten geht auch die staatliche Nachfrage zurück. Die Aussenmärkte gehen zum grossen Teil verloren. Die restriktive Politik, die einen Druck auf die Betriebe ausüben sollte, beginnt unzu kippen in eine Rezession oder richtiger in eine Stagflation. Auf der einen Seite können diese Betriebe als Monopolistinnen die Preise heraufdrücken und andererseits dabei die Produktion senken. Also Rezession mit Inflation.

Der tschechoslowakische Finanzminister Vaclav Klaus hat der CSFR eine harte monetaristische Politik verordnet. Welche Zwischenbilanz ziehen Sie?

Meine Kritik setzt vor allem an der Art an, wie die Ziele erreicht werden sollen. Die Methoden des tschechoslowakischen Finanzministers Klaus hätte ich sicher nicht angewandt. Ich glaube, dass es ohne seine «Coupon»-Methode schneller gegangen wäre. Das ist sehr wichtig, dann je schneller private Unternehmungen entstehen, um so schneller entsteht auch Konkurrenz. Ohne Konkurrenz kommt es aber zu einer riesigen Preisinflation. Einerseits haben wir also die voriges Jahr schon beschlossene Preisliberalisierung. Dem steht die heute noch existierende absolut monopolistische Struktur der Produktion gegenüber.

Zudem werden die notwendigen Strukturänderungen, die technische Verbesserung erschwert. Die Betriebe

erhalten durch die Klausche Coupon-Methode kein Geldkapital. Die 1000 Kronen, die die Bevölkerung für die Coupons bezahlt, gehen an den Privatisierungsfonds, werden damit für bürokratische Ausgaben verbraucht. Der Mangel an Geldkapital ist eines der grössten Probleme unserer Betriebe. Von den kleinen Gewinnen werden zudem immer noch 50 Prozent ins Staatsbudget abgeführt – und selbst damit schafft es Klaus noch nicht, sein Versprechen eines ausgeglichenen Budgets einzulösen.

Das Kapital von aussen fliesst zudem sehr zögernd. Die ausländischen Investoren picken sich nur die Rosinen wie die Skoda-Werke. Die riesigen Rüstungsbetriebe der Slowakei stehen zum Beispiel vor immensen Problemen. Wer bezahlt die Rüstungskonversion, den Umbau von Rüstung auf zivile Produktion? Spezielle Maschinen und Qualifikationen sind erforderlich.

Was bedeutet diese Politik konkret für die Menschen in der CSFR?

Die konkreten Lebensumstände der Menschen sind im Moment wahnsinnig schwierig. Die Mieten gehen enorm in die Höhe, die Kaufkraft schwindet ständig. Die Arbeitslosigkeit liegt dabei momentan noch weit unter den Erwartungen. Wenn die Privatisierung voranschreitet, müssen die Betriebe rationalisieren. Sie müssen massenweise Menschen entlassen. Wir kennen die Erfahrungen von Polen. Die Absicherung bei Arbeitslosigkeit wirft sofort die Frage auf, woher der Staat das Geld nehmen kann, um die Sozialausgaben zu bezahlen, wenn es nicht wieder zu einem neuen Inflationsstoss kommen soll.

Natürlich kann man nicht behaupten, dass es vorher besser war. Es gibt keinen Ausweg nach rückwärts. Die heutigen Probleme sind ja durch die vorangegangene Entwicklung entstanden. Eine Diskussion kann daher nur über konkrete Massnahmen erfolgen. Und da halte ich es einfach wirklich nicht für gut, dass in der CSFR eine Partei so ungemein stark geworden ist, dass sie andere Ansichten nicht mehr berücksichtigen muss. Klaus ist ein sehr ehrgeiziger Mann, der keine Kritik zulässt. Er hat in der ganzen Regierung keinen Gegenspieler. Die tschechische Regierung ist so monolithisch wie vorher. Einzig die Sozialdemokraten und die Sozialliberalen könnten zu einem gewissen Gegengewicht werden.

Welche Alternativen zur Klauschen Wirtschaftspolitik gäbe es Ihrer Meinung nach?

Wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir eine Konjunkturbelebung brauchen würden. Klaus richtet sich völlig nach den Vorgaben von Weltbank und Währungsfonds. Sie loben ihn ständig, da sie einzig die monetaristischen Kriterien verfolgen: ausgeglichenes Staatsbudget, sich verringemde Aussenschulden, freie Konvertibilität der Währung.

Geld für Importe fehlt, der Import wird zu teuer. Es werden zwar Luxusgüter wie Videorecorder und anderes eingeführt. Die soziale Differenzierung hat zu einer kleinen Schicht sehr gut Verdienender geführt, die sich diese Güter leisten können. Der Import der benötigten Produktionsgüter, der Technik, der Maschinen usw. geht aber zurück, weil man ihre immens hohen Kosten nicht auf die einheimischen Preise

überwälzen kann. Was bringt dann diese Devaluation?

Es gehört zum Dogma des IWF, dass diese Schocktherapie zu einem Übergang gehört. Warum kann man nicht einen härteren Wechselkurs fixieren? Die unrentabelsten Branchen könnten dann nicht mehr exportieren, wären nicht mehr konkurrenzfähig. Hier würde ich einen Planungsdirigismus beibehalten: Ich würde ihren Export in tschechischer Währung subventionieren. Das verstösst jedoch gegen die Auflagen des Währungsfonds. So könnten wir aber den Zufluss an Devisen sichern, um damit die Nachfrage zu decken. Bei diesem Kurs wären die Importe billiger. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass es zur aktuellen Politik Alternativen gibt. Es gibt in der CSFR viele gute Ökonomen, die auch Alternativvorstellungen entwickeln. Ihre Arbeiten werden aber aus politischem Kalkül heraus einfach unter den Tisch gewischt.

Entsteht gegen diese Politik auch Widerstand seitens der Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften halten einstweilen noch still. Sie nehmen an den Verhandlungen mit Regierung und Unternehmen teil. Dabei kam es zu ersten schärferen Auseinandersetzungen. Die Regierung konnte sich bisher aber immer durchsetzen. Ein maximaler Spielraum von 11 Prozent Nominallohn-Erhöhung wurde ausgehandelt. Was darüber hinaus geschehen wird, wird von der Regierung durch Steuern progressiv abgeschöpft. Den Gewerkschaften bleibt als Mittel gegen den Reallohnverlust einzig der Streik. Bisher wurde das aber erst zwei, drei Mal erprobt. Ich weiss aber nicht, wie lange das anhalten wird.